

## **Trotz Bettenabbau weiterhin Überkapazitäten in der stationären Versorgung**

### *Gesundheit/Antwort*

Die Bettenzahl in deutschen Krankenhäusern pro Einwohner ist rückläufig. Wie aus einer Antwort der Bundesregierung (16/3991) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (16/3918) hervorgeht, wurden von 1993 bis 2005 rund 105.000 Betten abgebaut. Das entspricht einem Anteil von 16,7 Prozent. Während die Anzahl der Betten pro 1.000 Einwohner 1995 noch bei 7,5 gelegen habe, sei diese bis 2004 auf 6,4 gesunken. Im internationalen Vergleich habe Deutschland dennoch weiterhin Überkapazitäten in der stationären Versorgung, so die Regierung. In Zukunft sei eine "weitere starke Reduzierung der Bettenkapazitäten zu erwarten, insbesondere auch durch eine weitere Verkürzung der Verweildauern und zunehmend ambulante Behandlungsmöglichkeiten".

Die Verkürzung der durchschnittlichen Verweildauer sei ein Ziel der 2003 begonnenen Einführung der diagnosebezogenen Fallpauschalen (DRG) gewesen, die 2009 abgeschlossen sein solle, schreibt die Regierung. Das neue Vergütungssystem der pauschalierten Abrechnung pro Behandlungsfall auf nahezu alle vollstationären Krankenhausbehandlungen habe "offenbar strukturelle Veränderungen im Leistungsspektrum der Krankenhäuser" hervorgerufen. Insbesondere seien in Folge der mit dem DRG-System einhergehenden weit reichenden Leistungstransparenz "in erheblichem Umfang vollstationäre Fälle aus den Krankenhausbudgets ausgegliedert und dem ambulanten Bereich zugeordnet" worden.

Die Grünen hatten sich vor allem nach Ergebnissen aus der wissenschaftlichen Begleitforschung zur Umstellung der Vergütung von Krankenhausleistungen erkundigt. Die Abgeordneten hatten darauf verwiesen, dass erste Ergebnisse zu den Auswirkungen des neuen Vergütungssystems bis Ende 2005 von den Spitzenverbänden der Krankenkassen, dem Verband der privaten Krankenversicherung sowie der Deutschen Krankenhausgesellschaft veröffentlicht worden sein sollten. Dazu schreibt die Regierung, ihr lägen bislang keine umfassenden Ergebnisse der Begleitforschung vor. Die zuständigen Verbände seien vom Bundesgesundheitsministerium aber "in der Vergangenheit mehrfach um eine zügige Durchführung" gebeten worden.